

Mehrheitsfähigkeit im Vordergrund

Die Regierung präsentiert dem Landrat eine austarierte Pensionskassen-Vorlage

Von Thomas Gubler

Liestal. Finanzdirektor Anton Lauber gab den Tarif gleich zu Beginn der Präsentation durch: Es werde nicht einfach werden, diese Vorlage im Landrat durchzubringen. Die Rede ist von der Anpassung des Pensionskassendekrets an die neuen Begebenheiten, welche die Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK) beschlossen hat: Nämlich eine Senkung des technischen Zinssatzes auf den 1. Januar 2018 von bisher drei auf neu 1,75 Prozent. Als Folge davon senkt sie den Umwandlungssatz zur Bestimmung der Renten ab 2019 gestaffelt über vier Jahre von 5,8 auf noch fünf Prozent. Ungebremst würde dies zu einer Rentenkürzung von zirka 14 Prozent führen.

Diese Folgen aber will die Regierung mit der gestern dem Landrat zugeleiteten Vorlage mildern. So soll das Leistungsziel von 60 Prozent des letzten versicherten Lohnes modellmässig – für Leute, die bei der Umstellung 25 Jahre alt sind und bis zum 65. Altersjahr bei der BLPK versichert sind – beibehalten werden. Dabei müssen allerdings der Kanton als Arbeitgeber und die Arbeitnehmer ihren Beitrag leisten.

5,4 statt 5 Prozent

So soll der Umwandlungssatz nicht auf fünf Prozent absinken, sondern nach einer vierjährigen Übergangsphase nur auf 5,4 Prozent. Das heisst, der Kanton hebt die von der BLPK festgelegte Basis von fünf Prozent künstlich an. Um das zu ermöglichen, leistet er jährlich einen sogenannten Umlagebeitrag in der Höhe von 7,6 Millionen Franken.

Weiter erfahren die Sparbeiträge eine Erhöhung um 1,4 Prozent. Diese werden wie bisher zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Verhältnis 55 zu 45 getragen. Risiko- und Verwaltungskostenbeiträge werden neu paritätisch (50:50) getragen. Und der Beitrag des Arbeitgebers an den Teuerungsfonds entfällt. Dies alles führt zu jährlichen Zusatzbelastungen für den Kanton als Arbeitgeber von 2,9 Millionen Franken und von 2,2 Millionen Franken für die Arbeitnehmenden.

Die Massnahmen führen dazu, dass die Renten der aktiven Versicherten im Schnitt um sieben statt um 14 Prozent sinken. Auf spezielle Abfederungseinla-



Um Ausgleich bemüht. Finanzdirektor Anton Lauber versucht um jeden Preis, bei den PK-Anpassungen die mittlere Spur zu halten. Foto Florian Bärtschiger

gen, um die Renteneinbussen tiefer zu halten, will die Regierung aber verzichten. Dafür hat die Baselbieter Regierung

als «nette Geste» bei der paritätisch zusammengesetzten Vorsorgekommission der Pensionskasse erfolgreich

beantragt, dass die BLPK im laufenden Jahr das Kapital der aktiven Versicherten 2017 mit drei Prozent verzinnt. Dies, um die angestrebte Durchschnittsverzinsung von 1,5 Prozent zu erreichen. Das bedeutet – möglicherweise, aber bei der gegenwärtigen guten Anlageperformance der BLPK nicht zwingend – einen Zinsaufwand von 50 Millionen Franken.

Schliesslich senkt die BLPK noch die Ehegatten- und Lebenspartnerrenten von heute 66 auf 60 Prozent.

Harte Auseinandersetzung

Der Grund für die Bemühungen der Regierung um einen ausgeglichenen Lastenausgleich und eine austarierte Vorlage liegt in den Vernehmlassungsantworten. SVP und FDP haben sich im Vernehmlassungsverfahren gegen jegliche zusätzliche finanziellen Leistungen des Kantons für seine Angestellten ausgesprochen. Das heisst für die Bürgerlichen geht schon der Umlagebeitrag von 7,6 Millionen zu weit. Die Mitteparteien CVP, BDP und EVP stellten sich grundsätzlich hinter den Vorschlag der Regierung. Sie wünschen sich aber noch zusätzliche finanzielle Mittel für Abfederungsmassnahmen.

Die SP, die Grünen und die Grünen-Unabhängigen unterstützen dagegen den Vorschlag der Angestelltenorganisationen, der Arbeitsgemeinschaft Baselbieter Personalverbände (ABP). Der Verband sieht in Abhängigkeit des Alters zwei verschiedene Umwandlungssätze und eine zusätzliche Abfederungseinlage von 40 Millionen Franken vor. Für die Jahrgänge 1974 und älter wären ein Umwandlungssatz von 5,4 Prozent und eine Erhöhung der Sparbeiträge um drei Prozent. Für den Kanton hätte dies gleichwohl eine Mehrbelastung von jährlich 3,9 Millionen – abgesehen von den 40 Millionen zur Abfederung – zur Folge und für die Arbeitnehmenden eine solche von 3,7 Millionen Franken.

Für Finanzdirektor Anton Lauber ist die Vorlage ein «guter Kompromiss» aus den verschiedenen Positionen. Weil die Positionen jedoch weit auseinander liegen, ist sie aber «noch nicht im Trockenen».

Kommentar

Ein sehr labiles Gleichgewicht

Von Thomas Gubler



Sagen wirs offen: Diese Lösung der Regierung zur Anpassung an die veränderten Bedingungen der Pensionskasse ist austariert bis zum

Geht nicht mehr. Grosszügig ist sie nicht, von Luxus ganz zu schweigen. Sie entspricht dem, was der Kanton Baselland derzeit mit gutem Gewissen seinen Angestellten bieten kann, um diese bei der Stange zu halten. Und wenn Finanzdirektor Anton Lauber sagt, die Angestellten hätten verdient, dass sich die Regierung für diese Vorlage einsetze, dann glaubt man ihm dies gerne. So sieht eben die Baselbieter Realität aus.

Unrealistisch wäre demgegenüber, wenn man jetzt den Staatsangestellten Einbussen über das von der Regierung vorgesehene Mass hinaus zumuten wollte, wie dies FDP und SVP offenbar vorhaben. Sie nehmen damit nicht nur in Kauf, dass die Moral unter den Staatsangestellten (weiter) sinkt, sondern auch, dass, wer kann, diesem Kanton den Rücken kehrt. Und es sind bekanntlich nicht die Schlechtesten, die gehen. Mit dem Feuer spielen sollten freilich auch SP und Grüne im Verein mit den Angestelltenverbänden nicht. Sie müssen sich im Zusammenhang mit den PK-Anpassungen damit abfinden, dass zurzeit aus Gründen der Kantonsfinanzen mehr als das Vorgeschlagene nicht drin liegt. Diese Kröte zu schlucken, ist zweifellos nicht angenehm. Aber bei Licht besehen bleibt ihnen nichts anderes übrig. Denn die Alternative zu diesem labilen Gleichgewicht heisst Absturz – mit Sicherheit keine bessere Lösung.

thomas.gubler@baz.ch

Ein Paar setzt Herz und Geist in Brand

Die Dauerausstellung zu Emma und Georg Herwegh im Liestaler Dichter- und Stadtmuseum wird neu präsentiert

Von Daniel Aenishänslin

Liestal. Sie erfüllt ihm seinen letzten revolutionären Wunsch und folgt ihm schliesslich 1904 ins Grab. Heute liegt Emma Herwegh neben ihm auf dem Liestaler Friedhof. Es ist das Jahr 1875, in welchem Dichter Georg Herwegh seiner Frau Emma auf dem Sterbebett das Versprechen abnimmt, ihn in «freier republikanischer Erde» bestatten zu lassen. Die Baselbieter verfügen über eine solche Scholle. Geboren wurde dieses schillernde Paar vor 200 Jahren. Sie in Magdeburg, er in Stuttgart.

Herwegh schreibt mit glühender Feder. Zu einem besseren Ort will er diese Erde machen, demokratischer natürlich. Seine «Gedichte eines Lebendigen» erzielen eine Auflage von 15 000 Exemplaren. Georg Herwegh zählt zu den bedeutendsten deutschen Dichtern seiner Zeit, zu den populärsten politischen Lyrikern sowieso. «Ich kenne keinen Gedichtband, der in so kurzer Zeit so oft verkauft wurde», sagt Rea Köppl, Projektleiterin der Herwegh-Ausstellung im Liestaler Dichter- und Stadtmuseum. «Die enorme Macht seiner Worte ist heute kaum mehr nachzuspüren.»

Obschon die «Gedichte eines Lebendigen» von 1841 auf den Index kommen, werden sie in Berlin von einer Revoluzzerin mit radikalem Geist verschlungen. Die 24-jährige Emma Siegmund, Tochter eines reichen Seidenhändlers, verinnerlicht sie. Siegmund, eine junge Frau, die so gar nicht ins bürgerliche Bild passt, versteht es, mit Pis-

tolen umzugehen, reitet wie der Teufel und raucht Zigarren. Daneben spricht sie einige Fremdsprachen, spielt Klavier, komponiert, zeichnet, dichtet. Vor allem: Sie liebt Georg Herwegh bereits, bevor sie ihn kennenlernt.

Georg trifft Emma

Am 6. November 1842 ist es so weit. Herwegh betritt das Haus Siegmund im preussischen Berlin. Emma liess ihre Beziehungen spielen. Der sich auf einer Rundreise befindliche Literaturstar stieg in Halle im Haus des Vaters einer Freundin ab. Diese Charlotte Gutike soll Herwegh ein Empfehlungsschreiben von Emma zugesteckt haben. Von einer Verehrerin unter vielen. Georg Herwegh ist es gewohnt, Haarlocken in seiner Post zu finden. Doch der Funke springt. Bloss zum Mittagessen wollte der Angebetete erscheinen, geblieben ist er bis in den Abend hinein.

Zwei Wochen später kommt es zu einer fatalen Audienz bei Friedrich Wilhelm IV., einem Hoffnungsträger der Liberalen. Der Republikaner Herwegh will den König auf seine Seite ziehen, will Einigkeit und Freiheit. Der Monarch jedoch will den Dichter zurechtweisen und zensieren. Die Begegnung lässt Herwegh nach links, den König nach rechts rücken. Georg Herwegh wird zuerst aus Preussen ausgewiesen, später aus Sachsen.

«Spitzel verfolgten ihn», erzählt Rea Köppl, «alles wurde unternommen, den Ruf der beiden zu zerstören.» Drei Minister werden abgestellt, deren Aufgabe es ist, die Zensur zu verschärfen.

Symbolfigur Georg Herwegh wird besonders hart verfolgt. Die Propagandamaschine läuft auf Hochtouren im Diffamierungs-Modus. Im Exil erhalten sie von der Stadt Zürich kein Bürgerrecht. Deshalb weichen sie aus ins Baselbiet. Der Kanton erteilt es für damals teure 500 Franken, die Gemeinde Augst sogar für deren 600. Geheiratet wurde denn auch 1843 im Aargau, in Baden.

Die Herweghs zieht es weiter nach Paris. Sie werden zu Europäern im Geiste mit einem weitverzweigten Briefnetz. Zu ihren Bekannten zählen sie letztlich Gottfried Keller, George

Sand, Michail Bakunin (ihr Trauzeuge), Richard Wagner, Karl Marx (ihr Nachbar in Paris), Franz Liszt und weitere. Brieflich debattieren sie. «Es entstand eine erste europäische Öffentlichkeit, wenn auch nur unter Gebildeten», hebt Rea Köppl die Bedeutung dieser Verbindungen hervor. Doch bald schon geht es handfester zu.

Die Herweghs führen die Deutsche Demokratische Legion ins Grossherzogtum Baden. Er als Direktor, sie als tatkräftiges Zugpferd. Mit ihrer 649 Mann starken Einheit wollen sie im März und April 1848 die Revolution unterstützen. Doch die württembergische Infanterie

triumphiert. Karl Marx hatte noch gewarnt, das Unterfangen werde scheitern. Knapp können Emma und Georg Herwegh über den Rhein in die Schweiz fliehen. Zu steckbrieflich gesuchten Hochverrättern werden sie nun erklärt. «Als Idealisten zogen sie in den Kampf und scheiterten grauhaft», fasst Rea Köppl zusammen.

1851 trennen sich Georg Herwegh und seine Emma. Er hat sich in Nathalie Herzen, die Frau eines Freundes, verliebt. Zwei Jahre später jedoch versöhnen sich die beiden. Aus finanziellen Gründen verlassen die Eltern von zwei Töchtern und zwei Söhnen ihre Wahlheimat Zürich und ziehen dank politischer Amnestie verarmt nach Baden-Baden. Verarmt auch deshalb, weil Johann Gottfried Siegmund seine Tochter erbt hat.

Die Ernte nicht mehr erlebt

58-jährig verstirbt Georg Herwegh in Lichtenental vermutlich an einer Lungenentzündung. Emma 19 Jahre später in Paris. Marcel, der jüngste Sohn, übergibt dem Dichter- und Stadtmuseum den Nachlass seiner Eltern. An die revolutionären Seelen erinnern in Liestal heute noch der Emma-Herwegh-Platz und das Denkmal zu Ehren von Georg Herwegh gleich unterhalb des Bahnhofs. Das erste Denkmal stand an der Seltisbergerstrasse, und als 1904 das zweite eingeweiht wurde, sollen noch immer gegen tausend Schaulustige Georg Herweghs gedacht haben. «In der Arbeiterklasse war er sehr beliebt», erklärt Rea Köppl.



Steckbrieflich gesuchte Hochverräter. Emma und Georg Herwegh liebten den republikanischen Geist des Baselbietes.